

Machtwechsel in Kairo

Ägyptens demokratische Revolution: Die Armee wird entscheiden

Von Robert Bibeau

Warum lodert die Flamme des Volksaufstands in den Straßen von Algier bis Kairo? Weil die arabischen Völker unterdrückt, ausgebeutet, ohne Beschäftigung und manchmal ohne Brot sind. Alle diese nachweislich vorhandenen Motive sind schon oft betont worden, aber meist unerwähnt bleibt ein anderes, das meines Erachtens einen noch wichtigeren Faktor der Veränderung darstellt. Alle arabischen Länder haben – schrittweise, aber langsamer als der Westen – den Übergang von der patriarchalischen, handwerklichen Gesellschaft, einer Welt der kleinen regionalen Unternehmer, zu einer Ökonomie der Belieferung der globalen Märkte mit natürlichen Ressourcen und für den Export hergestellten Waren vollzogen.

Eine Schicht von Milliardären, Millionären, großen Kapitalisten hat, gestützt auf die Staatsmacht und ihre Mittel, auf die Plünderung der öffentlichen Haushalte, nach und nach die Grundbesitzer und Basarhändler aus der Verwaltung des Staatsapparates verdrängt. Die grotesken Anleihen, die von ihnen (in Marokko, Algerien, Tunesien, Ägypten, Jordanien, Jemen, Syrien) aufgenommen wurden, dienten hauptsächlich dazu, drei Haushaltsposten auszustatten:

1) Polizei und Sicherheitsdienste, dieses ganze repressive Gezücht zur Aufrechterhaltung der Diktatur der Reichen. Jahr für Jahr gewährten die Vereinigten Staaten der Regierung von Hosni Mubarak 1,3 Milliarden Dollar an Hilfe, hauptsächlich, damit sie diesen Repressionsapparat bezahlen konnte.

2) Förderung und Bereicherung einer entstehenden Klasse von Großkapitalisten, die den Bau ziviler Gebäude und Infrastruktur betrieben, die den tertiären Dienstleistungs-, Finanz- und Börsensektor sowie die Verkehrsmittel etc. entwickelten. Diese Unternehmungen erforderten die Entwicklung einer immer größeren und besser ausgebildeten Arbeiterklasse.

3) Schließlich haben – in geringerem Maße – die Mittel des Staates dazu beigetragen, einige kollektive und soziale Einrichtungen zu entwickeln wie Schulen, Krankenhäuser, Ambulanzen, Kindertagesstätten, Wasserversorgung, Elektrizitätswerke, Wohnungen, öffentliche Verkehrsmittel und andere zur Ausbildung und Reproduktion der Arbeitskräfte notwendige Dienste.

Seit 30 Jahren haben alle diese Entwicklungen, einschließlich der Herausbildung einer Kaste der Großkapitalisten, Handelsmonopolisten und Kleinbürger im Handels- und Kommunikationsbereich, die soziale Landschaft der arabischen Länder tiefgreifend verändert (dies weniger in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten wegen der immensen Öleinnahmen).

Wenn auf einem nationalen Territorium ein neues Produktionssystem Fuß faßt, erfordert dies zwangsläufig die Entwicklung neuer sozialer Beziehungen der Produktion, neuer Beziehungen zwischen Mann und Frau, neuer Familienstrukturen, einer neuen Verteilung von Verantwortlichkeiten und einer neuen Machtverteilung zwischen den unterschiedlichen miteinander ringenden Klassen sowie neuer Funktionen für den Staat und für seine Einrichtungen. Neue Eliten und eine neue Schicht von säkularen Bürgern treten in Erscheinung, ein Phänomen, das dazu führt, daß Status und Rolle der früheren Eliten, namentlich der religiösen, die aus einer vorherigen Welt stammen, in Frage gestellt werden.

Eine kapitalistische Gesellschaft, die expandiert, verlangt danach, daß der Staat eine entsprechende Rolle spielt, und zwar als Regulator der Wirtschaft, als Bauherr für Infrastruktur, als Verwalter von Dienstleistungen zur Ausbildung und Reproduktion der Arbeitskraft sowie als Schiedsrichter zwischen den verschiedenen Schichten der Bourgeoisie mit unterschiedlichen Interessen. Die Rolle der Repression der sozialen und volksverbundenen Bewegungen sollte sich eigentlich abschwächen, wenn man den ideologischen Apparat gut zu nutzen weiß, um Akzeptanz zu erzeugen. Eigentlich tendiert ein gut funktionierendes kapitalistisches System nicht zur Errichtung einer politischen oder

militärischen Diktatur, die soziale Spannungen, Repression, ständige Konflikte, Einbrüche bei der Produktivität und das Aufkommen einer unkontrollierten Schattenwirtschaft provoziert.

Vorzuziehen ist eine parlamentarische »Demokratie«, deren Kennzeichen das Auswechseln der Parteien an der Regierung ist, wie in den meisten westlichen Gesellschaften und in einigen bettelarmen der dritten Welt in Afrika und Südamerika. Zweckmäßiger sind die Freiheitsrechte der Meinungsäußerung, der Veröffentlichung und der Demonstration, allerdings nur solange die Macht der Reichen nicht in Gefahr gerät. Es kommt darauf an, daß das Volk richtig zu wählen weiß. Eines Tages haben die Chilenen nicht verstanden, das ihnen gewährte »demokratische« Vorrecht zu nutzen: Pinochet hat es ihnen wieder entzogen. Eines Tages haben die Palästinenser im besetzten Palästina das »demokratische« Vorrecht nicht zu schätzen gewußt, das ihnen der zionistische Besatzer zugestanden hatte, und sie haben die Hamas gewählt: Die Kolonialmacht hat es ihnen wieder entzogen. Eines Tages im Jahre 1992 hat das arme algerische Volk aufbegehren wollen, und es hat schlecht gewählt: Die Armee hat ihm das Wahlrecht wieder entzogen. Eines Tages haben die Libanesen von ihrem demokratischen Vorrecht nicht korrekt Gebrauch gemacht, und sie haben für Hisbollah gestimmt. Aber diesmal hat die Macht ihnen das Stimmrecht nicht wieder entziehen können, denn das libanesisches Volk ist bewaffnet. Das ist der Partikularismus des libanesischen Modells.

Man kommt nicht umhin festzustellen, daß in den meisten Aufstandsbewegungen in Tunesien, Ägypten, Jordanien, Algerien oder Jemen, die Islamisten und die religiösen islamischen oder koptischen Hierarchien keine bestimmende Rolle gespielt haben. Eher haben sich die offiziellen Stellen in Ägypten die Rückkehr eines islamistischen Führers aus dem Exil gewünscht, und die »Muslimbrüder« waren anfangs sehr zurückhaltend, was die Unterstützung der Bewegung angeht. In Tunesien sind die Islamisten fast nicht in Erscheinung getreten, ganz wie in Algerien. Wenn die Zionisten behaupten, sie seien über das Wiederaufleben des islamistischen Umfelds beunruhigt, so ist dies in Wirklichkeit die Aufforderung, das alte Schreckgespenst hervorzuholen, das notfalls auch dort seine Dienste tun soll, wo – wer kann das schon wissen – sich wirkliche Revolutionäre an die Spitze der demokratischen Revolten zu setzen vermögen, was allerdings kaum geschehen dürfte.

Die bürgerliche demokratische Revolution, die im Maghreb und im Maschrek (arabisch für Osten, gemeint sind die Länder Ägypten, Palästina/Israel, Jordanien, Libanon, Syrien, Irak; jW) ausgebrochen ist, kommt bei den früheren Kolonialmächten und bei den US-Amerikanern gut an. Dabei haben die Vereinigten Staaten schneller begriffen und begünstigen die Veränderungen: In Ägypten betreiben sie den Aufstieg ihres mutmaßlichen Kandidaten. Dieser selbsternannte Führer, der ihnen an der Spitze der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) gedient hat, hat seinen »Plan des Machtwechsels« nicht dem revoltierenden und leidenden ägyptischen Volk vorgestellt, sondern der US-amerikanischen Botschafterin in Kairo, um ganz deutlich zu machen, wem er zu gefallen wünscht. Daß dieser Mann von den »Muslimbrüdern« gekürt wurde, kratzt die Militärs in Washington wenig, solange dieser Prätendent eine Politik des Kompromisses und der Verhandlungen mit Israel sowie der Unterstützung der mauschelnden Unterhändler der Behörde in Ramallah vertritt.

Diktatoren aufrechtzuerhalten, die verbraucht, in Mißkredit geraten und verachtet sind, ist für den Vorkämpfer der Entwicklung imperialistischer Produktionsverhältnisse keine Option. Barack Obama weiß besser als irgendeiner sonst, daß für die arabischen Länder der einzige Weg darin besteht, pluralistische bürgerliche Regierungen einzusetzen, welche das »demokratische« Wechselspiel gewährleisten.

Nach Meinung Washingtons und der europäischen Hauptstädte können und müssen die arabischen Völker wählen, aber nur zwischen den von den Amerikanern und ihren Verbündeten als akzeptabel bezeichneten Verhandlungspartnern, d.h. zwischen Kandidaten, welche die internationale Politik Ägyptens beispielsweise gegenüber Israel nicht infrage stellen und keine Träume von Unabhängigkeit hegen, wie Nasser sie hatte. Die anderen Parteien können sich zur Wahl stellen, aber sie dürfen niemals gewinnen, andernfalls werden diese »Freiheiten« von der Armee wieder

entzogen. Eben dieser Aufgabe widmen sich gegenwärtig die einschlägigen Stellen in den amerikanischen Botschaften, die westlichen Geheimdienste, der Mossad und eine ganze Heerschar von in die arabischen Volksbewegungen eingeschleusten Agitatoren.

Wie in Tunesien ist es auch in Ägypten die Armee, die das Urteil darüber sprechen wird, was das Kleinbürgertum im Laufe dieser Tage der Bewährung erreicht haben wird, und sie ist es, die entscheiden wird, ob sie in ihre Kasernen zurückkehren oder weiter auf den Plätzen und Märkten bleiben wird, um je nach Bedarf die gewährte oder die verweigerte »Demokratie« zu kanalisieren und zu sanktionieren. Die arabischen Völker Tunesiens und Ägyptens werden die Erlaubnis erhalten zu wählen, und sie können dies, so oft sie wollen, wiederholen, wenn sie für den ihnen angesagten Kandidaten zu votieren wissen. Das Kleinbürgertum in die arabischen Ländern und im Westen wird sich wie im siebten Himmel fühlen und das ganze Spiel wieder zur Ruhe kommen lassen, bis zum nächsten Volksaufstand für Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Würde.

Übersetzung aus dem Französischen: Klaus von Raussendorff. Langfassung: www.jungewelt.de

junge Welt, 15.02.2011